

## Vorwort

Obgleich der Titel dieser Arbeitshilfe zunächst widersprüchlich erscheint, hat das Thema der Besteuerung für die öffentliche Hand weitreichende Folgen. Einerseits obliegt den Gebietskörperschaften die Steuer- und Abgabenhöhe, mit der sie sich – wie diesem Leitfaden zu entnehmen sein wird – zum Teil selber belasten. Andererseits fließen die Belastungen in Form von Steuereinnahmen wieder zurück an den Haushalt und führen zum Ausgleich der Zahlungsströme des öffentlichen Sektors. Das Resultat der Ergebnisneutralität stellt die Sinnhaftigkeit dieser Handhabung daher zunächst in Frage. Der Grund für dieses Nullsummenspiel offenbart sich durch den Vergleich zu privatrechtlich agierenden Wirtschaftsunternehmen. Ihre Gewinne unterliegen regelmäßig einer Steuerbelastung, die es bei der Kalkulation der Angebotspreise zu berücksichtigen gilt. Da in einigen Bereichen öffentlich-rechtliche Einrichtungen mit privatrechtlichen Unternehmen in Konkurrenz treten, ist zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen eine steuerliche Gleichbehandlung herbeizuführen.

Der Leitfaden gibt Hilfestellungen, steuerliche Problemfelder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts zu identifizieren und sachgerecht zu bewerten. Langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet der Steuerberatung im öffentlichen Sektor bilden eine fundierte Basis und wurden bei der Erstellung dieser Arbeitshilfe einbezogen. Die Unterlage ist derart konzipiert, dass sie dem Leser als praktische Orientierungshilfe dient, indem einzelne Inhalte durch Praxisfälle veranschaulicht und greifbar gemacht werden.

In **Kapitel I.** werden eingangs die Grundlagen zur steuerlichen Beurteilung von Sachverhalten der öffentlichen Hand dargelegt. Neben einer einführenden Übersicht zu den unterschiedlichen Sphären einer jPdöR tragen Einblicke in die Rechts- und Organisationsformen kommunaler Unternehmen zum grundlegenden Ver-

ständnis bei. Der Schwerpunkt des Leitfadens liegt in **Kapitel II.** auf dem wirtschaftlichen Bereich einer Kommune, respektive auf dem Betrieb gewerblicher Art (BgA). Neben der Definition eines BgA werden die Grenzen der Steuerpflicht eindeutig abgesteckt und durch einen umfangreichen Katalog von Einzelfällen ergänzt. Auch die praktischen Konsequenzen der Steuerpflicht werden anschaulich dargestellt. Das **Kapitel III.** stellt auf den steuerlichen Querverbund und dessen Folgen ab. In diesem Zusammenhang werden zunächst die Voraussetzungen für die Zusammenfassung von BgAs herausgestellt, um anschließend auf das Risiko der verdeckten Gewinnausschüttung aufmerksam zu machen. Tatbestandsmerkmale, die Auslöser der Kapitalertrag- oder Gewerbesteuer sind, werden in den **Kapiteln IV. und V.** näher beleuchtet, bevor in **Kapitel VI.** das Thema der steuerbegünstigenden Gemeinnützigkeit aufgegriffen wird. **Kapitel VII.** widmet sich dem System der Umsatzsteuer sowie der Vorsteuer. Die vorerst allgemeine Betrachtungsweise verdeutlicht die divergierenden Auslegungen des Begriffes der Unternehmereigenschaft von jPdöR nach nationaler und europäischer Auffassung und hilft zudem, spezielle Anwendungsfälle der öffentlichen Hand zu konkretisieren. Abschließend vermittelt **Kapitel VIII.** einen Eindruck vom Ablauf einer Betriebsprüfung.

Wir möchten darauf hinweisen, dass die jeweiligen Erläuterungen kein Ersatz für individuelle Beratungen sind. Wenn Ihrerseits Fragen bestehen, stehen wir Ihnen gerne als Ansprechpartner zur Verfügung. Ausführliche Kontaktdaten finden Sie am Ende der Arbeitshilfe. Wir hoffen, dass der Leitfaden Ihnen wichtige Hinweise und Anregungen bei der Beurteilung steuerlicher Sachverhalte liefern wird. Der Praxisleitfaden basiert auf dem Rechtsstand vom 15. Februar 2012.

Eine bereichernde Lektüre wünscht Ihnen das Concunia-Team.